

KERNENERGIE

Wulff wirbt für Gorleben

Im Fall eines Regierungswechsels in Berlin will die CDU das niedersächsische Gorleben zum Endlager für radioaktive Abfälle machen. Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) rühmte vergangene Woche während einer Japan-Reise die Vorzüge des unterirdischen Salzstocks im Osten seines Bundeslandes. Der Staatssekretär im Industrieministerium in Tokio zeigte sich höchst interessiert an den deutschen Erfahrungen. Im rohstoffarmen Japan decken 54 Reaktoren etwa 30 Prozent des Strombedarfs. Derzeit sind drei weitere im Bau. Die Planung für ein Atommüllendlager ist jedoch noch nicht weit fortgeschritten. Die Regierung in Tokio will nun eine Delegation nach Gorleben entsenden, um sich bei der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern



Protestmarsch gegen Atommülltransport (in Lüneburg)

(DBE) über die Beschaffenheit des Salzstocks zu informieren. Bisher befindet sich dort lediglich ein Atommüllzwischenlager, der jahrzehntealte Plan für ein Endlager wurde von Rot-Grün auf Eis gelegt.



Beck (l.) in „Windstärke 8“

FERNSEHEN

Spitzel an Bord

Die WDR-Auswanderer-Saga „Windstärke 8“, in der Freiwillige unter Bedingungen wie im Jahr 1855 von Bremerhaven nach New York segelten, sorgt für Empörung im thüringischen Landtag. Grund: mangelnde Sensibilität im Umgang mit der DDR-Geschichte. Zahlreiche Abgeordnete nehmen Anstoß an Publikumsliebbling Almut Beck. Die 65-Jährige wird auf der Website des ARD-Senders launig als ehemalige Lehrerin und PDS-Abgeordnete vorgestellt, die „von Anfang an“ das

„Kommando unter den Zwischendeckern“ übernommen habe. Was die Internet-Nutzer nicht erfahren: Von 1968 bis 1980 wurde Beck von der Stasi als Inoffizieller Mitarbeiter geführt und hat, nach Aktenlage, Kollegen und Bekannte bis in ihr Intimleben hinein bespitzelt. In einem Brief an WDR-Intendant Fritz Pleitgen schrieb die Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Christine Lieberknecht, es wäre die Pflicht der Produzenten gewesen „zu prüfen, wem sie hier eine massenwirksame Plattform verschaffen“. Schließlich habe der Fall Beck 1999 überregional Schlagzeilen gemacht. Das Erfurter Landesparlament

hatte mit Zweidrittelmehrheit die Mandatsunwürdigkeit der PDS-Frau wegen Stasi-Tätigkeit festgestellt. Nach Auskunft des WDR waren die Stasi-Vorwürfe im Sender „nicht bekannt“. Beck selbst hat trotz einer schriftlichen Verpflichtungserklärung stets bestritten, inoffiziell mit der Stasi zusammengearbeitet zu haben.

Nachgefragt

Unentschlossen

„Angenommen, Sie könnten über die Europäische Verfassung abstimmen: Würden Sie für oder gegen die EU-Verfassung stimmen?“

Dafür 40%

Dagegen 43%

15%

Weiß nicht

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 7. bis 9. Juni; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „Ist mir egal“/keine Angabe

